

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 86. Ratssitzung vom 15. Januar 2020

2097. 2019/531

Dringliches Postulat von Përparim Avdili (FDP), Corina Ursprung (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 04.12.2019: Finanzielle Unterstützung für die Erdbebenopfer in Albanien im Rahmen der humanitären Hilfe

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Përparim Avdili (FDP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1988/2019): Am frühen Morgen des 26. November 2019 erschütterte ein Erdbeben der Stärke 6,4 Albanien und die umliegenden Regionen. Das Ausmass der Zerstörung ist massiv. Das Erdbeben und die Nachbeben forderten dutzende Todesopfer und über 600 Verletzte und hunderte Wohnhäuser und Objekte wurden zerstört. In der Hafenstadt Durrës mit über 110 000 Einwohnerinnen und Einwohner sind viele Wohnungen nicht mehr bewohnbar, weshalb tausende Menschen in Zelten oder im Auto übernachteten müssen. Auch in dieser mediterranen Region ist eine Übernachtung im Winter draussen nicht einfach. Albanien gehört heute zu den ärmsten Ländern Europas und verfügt nicht über geeignete staatliche Strukturen, um die notwendige Soforthilfe zu leisten. Die Opfer sind deshalb trotz den Bemühungen der Institutionen vor Ort auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Die Zürcher Bevölkerung ist auch aufgrund der starken Verbindung zwischen den beiden Ländern sehr betroffen. Die hier lebende albanische Diaspora und unzählige Freiwillige in Zürich leisteten bereits verschiedentlich Hilfe. Hinzu kommen bereits getätigte Spenden von unzähligen Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen. Zürich kann mit diesem Beitrag die grosse Solidarität der Bevölkerung mit einem Beitrag, der für solche Fälle vorgesehen ist, stützen. Der Betrag soll an eine Schweizer Organisation geleistet werden. Darum bitten wir mit diesem Postulat den Stadtrat, für das laufende Jahr 100 000 Franken für dieses Projekt einzustellen, was den Opfern als Soforthilfe zugutekommt. Der Stadtrat kommunizierte bereits, dass das Postulat entgegengenommen wird, wofür wir uns bedanken. Wie das Geld eingesetzt wird, liegt in der Abhängigkeit eines Projekts der verschiedenen Organisationen, die von der Schweiz aus dort operieren. Das kann beispielsweise das Schweizerische Rote Kreuz oder Terre des Hommes sein. Wir machten deshalb bewusst keine weiteren Vorgaben und vertrauen das der Kompetenz des Finanzdepartements an. Der Bedarf in Albanien ist auch nach zwei Monaten immer noch sehr stark. Die Welt erlebt stets und immer wieder sehr viele Probleme und Herausforderungen. Humanitäre Soforthilfe ist ein Mittel, das unmittelbar nach einer unvorhergesehenen humanitären Katastrophe eingesetzt werden kann. Eine Unterstützung ist von allen gefragt, die sie leisten können. Oft ist es so, dass die Probleme nicht von Zürich aus gelöst werden können, da die politischen und geostrategischen Zusammenhänge sowie die Komplexität ausserhalb unseres Kompetenzbereichs liegen. In solchen Fällen würde es sich um ein Fass ohne Boden handeln, bei*

dem die Schweiz auf einem anderen Weg Unterstützung leisten kann und sollte. Umso wichtiger scheint es mir also, dass die finanzielle Unterstützung im Sinne eines verantwortlichen Verhaltens der Stadt, die auch nicht isoliert und abgeschottet in der Welt liegt, dort eingesetzt wird, wo mit diesen Mitteln geholfen werden kann. In diesem Fall werden die Mittel sehr wirksam eingesetzt, weil die Probleme vor allem finanziell gelöst werden können. Die Stadt unterstütze in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der humanitären Hilfe solche Projekte, die die gewünschte Wirkung erzielten. Die FDP setzte sich stets dafür ein, dass wir als Parlament die Soforthilfe mitgestalten können.

Emanuel Eugster (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. Dezember 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Kurz nach dem schlimmen Erdbeben in Albanien, wo es immer wieder zu Erdbeben kommt, haben sich verschiedene Schweizer Hilfsorganisationen auf den Weg zu den Opfern gemacht. Die Caritas beispielsweise hat eine Soforthilfe von 500 000 Franken gesprochen. Auch die Schweiz hilft: Das Aussendepartement (EDA) verkündete bereits, finanzielle Hilfe zu leisten. Als Soforthilfe wurden 100 wintertaugliche Zelte, 400 Betten sowie 1200 Decken und Planen für die stark betroffenen ländlichen Gebiete organisiert. Nicht zuletzt sind die Albaner ein Volk, das sehr solidarisch untereinander ist. So wurde in kurzer Zeit auch auf privater Ebene sehr viel Geld gesammelt. Viele Albaner haben Verwandte und Bekannte, die im Ausland leben und über die finanziellen Mittel dafür verfügen. Der Gemeinderat hat primär die Aufgabe, das Stadtzürcher Stimmvolk zu vertreten. Für ein solches Postulat ist der Gemeinderat die falsche Plattform. Jeder von uns kann selbst entscheiden, wie viel und für was er spenden will. Es kann nicht sein, dass ein Land oder eine Region bevorzugt wird, nur weil per Zufall ein Gemeinderat emotional und vielleicht privat mit einem Land verbunden ist. Die Schweiz ist ein neutrales Land und die Aufgaben für eine solche Hilfe liegen beim Bund. Es ist nicht immer einfach, zu entscheiden, wer Hilfe erhält und wer nicht. Sehr viele empfindliche Faktoren spielen zusammen und können nicht rasch und in der Stadt entschieden werden. Auf dieser Welt brauchen noch ganz viele andere Menschen Hilfe; wir wollen niemanden bevorzugen.

Weitere Wortmeldungen:

Pirmin Meyer (GLP): Wir grünliberalen lehnen das Postulat ab. Beim Erdbeben vom 26. November 2019 handelt es sich um ein sehr tragisches Ereignis. Wie den Medien entnommen werden konnte, hat angesichts der zahlreichen Todesopfer und Verletzten nicht nur die EU, sondern auch die Schweiz vor Ort Soforthilfe geleistet. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) sandte das Team des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) in das vom Erdbeben betroffene Gebiet. Weitere Beispiele zählte Emanuel Eugster (SVP) auf. Wir unterhielten uns grundsätzlich über die Frage, wie wir mit solchen Vorstössen umgehen wollen, die vom Stadtrat während des Jahres verlangen, dass er im Rahmen der humanitären Hilfe Zahlungen eines bestimmten Betrags an eine bestimmte Zielgruppe prüft. Tragische und unterstützenswerte Ereignisse gibt es aktuell und wird es auch in Zukunft immer wieder geben. Was sollen jedoch die Kriterien fürs Sprechen humanitärer Hilfeleistung sein? Wo setzen wir Prioritäten? Sind Erdbebenopfer in Albanien eher unterstützungswürdig als Buschbrandopfer in

Australien? Die tatsächliche Hilfeleistung sollte nach unserer Ansicht nicht davon abhängen, ob wir geografisch näher oder emotional enger verbunden sind. Nach intensiver Diskussion und gründlicher Überlegung kamen wir zum Schluss, dass wir es der Kompetenz des Stadtrats überlassen wollen, wie er den in der Budgetdebatte gesprochenen Betrag einsetzen will.

Florian Utz (SP): *Die SP-Fraktion stimmt diesem Postulat selbstverständlich zu. Ich kann mich dem Votum von Përparim Avdili (FDP) anschliessen. Nur der Argumentation, dass bei der Entwicklungshilfe weniger Solidarität als bei der Katastrophenhilfe geleistet werden soll, kann ich nicht folgen. Das Postulat ist inhaltlich hervorragend und wir unterstützen es vollständig. Demgegenüber habe ich mit dem Votum der SVP Mühe; vor allem, wenn sie mit dem Stimmvolk und dessen Interessen und Anliegen argumentiert. Kürzlich stimmten wir darüber ab, ob die Stadt international solidarisch sein sollte. Das Ergebnis war ein überwältigendes Mehr von 70 Prozent. Das sollte zur Kenntnis genommen und respektiert werden. Von der Ablehnung der grünliberalen Fraktion war ich noch mehr überrascht. Es gibt durchaus einen naheliegenden Grund, wenn der Stadtrat auch für Australien Soforthilfe sprechen will. Gleichzeitig sehe ich einen Argumentationsspielraum: Albanien ist weniger wohlhabend als Australien und ist darum wohl mehr auf Unterstützung angewiesen. Zur angesprochenen Kompetenzfrage: Der letzte Entscheid liegt beim Stadtrat. Das ist bei allen Anliegen so, die wir mit einem Postulat verlangen. Der Stadtrat soll auch hier das Anliegen prüfen, was er wohlwollend tun wird. Die Opfer in Albanien sollten nicht gegen Opfer in anderen Ländern ausgespielt werden. Die Nothilfe für Albanien soll nicht zulasten einer anderen Nothilfe erfolgen, die vielleicht später im Jahr an einem anderen Ort notwendig sein wird. Darum ist es für uns klar, dass bei einem entsprechenden Bedarf der Stadtrat einen Zusatzkredit vorlegen kann, dem wir zustimmen werden. Im Zusammenhang mit der Dringlicherklärung verstand ich Përparim Avdili (FDP) so, dass dies nicht ausgeschlossen ist.*

Përparim Avdili (FDP): *Es geht selbstverständlich nicht darum abzuwägen, was schlimmer ist. Es geht nur um etwas: Dass wir als Parlament den Prozess mitgestalten. Der Betrag ist im Budget bereits vorgesehen. Wir als Parlament gestalten mit diesem Vorstoss lediglich den Prozess mit und beten den Stadtrat um eine entsprechende Überprüfung. Es ist nicht ein Geheimnis, dass das in diesem konkreten Fall von mir stammt. Das hat damit zu tun, dass die Nähe und das Sensorium bei mir vorhanden sind, um zu verstehen, dass der Bedarf aktuell sehr dringend ist. Der Bedarf besteht auch in vielen anderen Fällen. Darum ist es richtig, dass wir Soforthilfe leisten. So sprach sich die FDP beispielsweise auch für die humanitäre Soforthilfe im Fall von Malaysia aus. Dort konnte man nicht damit argumentieren, dass es sich um ein armes Land handelt, wenn dort Milliarden von Euros für die Ausrüstung des Militärs eingesetzt werden. Albanien ist ein armes Land. Auch wenn ich die Politik des Landes kritisieren, ändert sich nichts daran, dass wir mit den finanziellen Mitteln Hilfe leisten können und dass das wirksam sein wird. Die Unterscheidung von Sofort- und Entwicklungshilfe kam bei meinem ersten Votum vielleicht zu kurz. Die FDP ist nicht gegen Entwicklungshilfe. Wir sind der Meinung, dass sie nicht zwingend von der Stadt geleistet werden muss. Sie soll auf einer professionelleren, nationalen Ebene angelegt werden. Das Aussendepartement arbeitet bereits*

mit den verschiedenen Organisationen zusammen. Das ist sehr wirksam. Bei der Entwicklungshilfe geht es nicht darum, mit finanziellen Mitteln kurzzeitige Unterstützung zu leisten. Es geht darum, mit verschiedensten Massnahmen nachhaltige Unterstützung zu leisten. Das können wirtschaftliche Zusammenarbeit oder Massnahmen in der Bildung sein. Es geht um ein Transferieren von Wissen, was eine selbständige Weiterentwicklung des Empfängerlandes ermöglichen sollte. Die FDP steht selbstverständlich hinter der Entwicklungshilfe; sie soll jedoch auf der Ebene des Bundes ausgeführt werden.

Emanuel Eugster (SVP): *Florian Utz (SP) sagte richtig, dass uns das Stimmvolk diesen Auftrag erteilte. Es braucht jedoch auch eine Gesamtbetrachtung. Die Caritas spendete 500 000 Franken. Wir können nicht der Reihe nach nun mit Anträgen Geld sprechen. Es muss abgewogen werden, wie viel Geld gespendet werden sollte. Wir müssen das auf einer gesamtschweizerischen Ebene betrachten und bereits gesprochene Beträge berücksichtigen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat signalisierte früh, dass er das Postulat entgegennimmt. Im Dezember konnte bewiesen werden, dass wir versuchen, das zu realisieren. Nachdem zu den beantragten 200 000 Franken zusätzlich 400 000 Franken gesprochen wurden, bleiben aktuell 600 000 Franken für die humanitäre Hilfe. Wir werden versuchen, dieses Geld in Nordsyrien zur Wirkung kommen lassen. Nach den 100 000 Franken, die wir in Albanien einzusetzen versuchen, bleiben noch 100 000 Franken für dieses Jahr. Es könnten auch Millionen von Franken für humanitäre Hilfe eingesetzt werden. Zürich leistet einen gewissen Beitrag. Wenn sich in diesem Jahr eine Vielzahl von Naturkatastrophen ergeben wird, schliesse ich nicht aus, dass wir zusätzliche Kredite vorlegen. Die Umsetzung liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Wir nahmen schon immer Inputs aus dem Gemeinderat entgegen. Das Postulat versuchen wir als Wunsch des Parlaments umzusetzen. Ich habe Mühe damit, wenn argumentiert wird, dass die Hilfe nicht von der Stadt geleistet, sondern auf professioneller Ebene vom Bund ausgeführt werden sollte. Wir stellen unsere Mittel auf die gleiche Weise wie der Bund den Hilfswerken zur Verfügung. Unsere Mitarbeiter nahmen mit Hilfswerken bereits Kontakt auf, um das Postulat möglichst erfüllen zu können. Uns wurde bereits von zwei Organisationen signalisiert, dass sie keine weiteren Mittel mehr für Albanien annehmen. Wir werden uns jedoch bemühen, eine sinnvolle Projektanwendung zu finden, damit die Betroffenen im Erdbebengebiet entsprechende Hilfe erhalten.*

Das Dringliche Postulat wird mit 91 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat